

Stuttgart, 24. März 2021

Keine Gehaltserhöhungen für Bahnvorstand bei mangelhafter Leistung!

Wenn der Rubel rollt, statt der Züge

Das Aktionsbündnis gegen Stuttgart 21 reagiert mit Entsetzen auf das Ansinnen des Bahn-Vorstands, sich vom Bahn-Aufsichtsrat Gehaltserhöhungen in Höhe von 10 Prozent beschließen zu lassen. Bündnissprecher Martin Poguntke: „*Es gab in der Geschichte der Bahn noch nie so hohe Schulden, so marodes Gleismaterial und so unpünktliche Züge – und die Verantwortlichen wollen sich dafür mit einer dicken Erhöhung ihrer ohnehin unangemessen hohen Gehälter „belohnen“ lassen – das darf ja wohl nicht wahr sein. Nicht der Rubel sollte rollen, sondern die Züge – womöglich sogar (bildlich gesprochen) die Köpfe der Verantwortlichen.*“

Vor allem auch angesichts dessen, dass die Beschäftigten der Bahn mit 1,5-prozentigen Erhöhungen ihrer viel geringeren Löhne abgespeist werden sollen, erscheint uns das Ansinnen des Bahnvorstands geradezu obszön. Allein für die 90.000 Euro, um die das Gehalt für Bahnchef Richard Lutz auf sage und schreibe 990.000 Euro erhöht werden soll, muss ein normaler Bahn-Angestellter zwei Jahre lang arbeiten.

„*Als öffentlich-rechtlich verantwortlicher Staatskonzern verbietet es sich, dass die Bahn massiv mit zweierlei Maß Spitzens- und Niedriglöhne austeilt*“, so der Jurist und Co-Sprecher Dr. Eisenhart von Loepert. Sie hat einen grundgesetzlichen Auftrag, einen guten Bahnverkehr zu garantieren und darf nicht zum Selbstbedienungsladen für Spaltenverdiener werden. Statt ihrem Auftrag nachzukommen, macht sich die Bahn – befördert von eben diesen Bahn-Vorständen – zur Melkkuh, über die unsinnige Großaufträge an Bau- und Digitalwirtschaft generiert werden. Die immer höheren Summen, die in den letzten Jahren vom Bund in die Bahn gesteckt werden – auch die im Grunde berechtigten Corona-Hilfen –, sind an keinerlei Kontrolle gebunden, ob sie überhaupt positive Auswirkungen haben.

Trauriger Höhepunkt dieser systematischen Fehlleitung von Geldern ist das Projekt Stuttgart 21, bei dem derzeit mit weiteren geplanten sogenannten „Ergänzungsbauwerken“ gerettet werden soll, was nicht mehr zu retten ist. Unterm Strich würde das Projekt so mindestens 15 Milliarden verschlucken, aber den Bahnverkehr verschlechtern. Ganz zu schweigen von der gigantischen Produktion von klimaschädlichen Gasen durch den Stahlbeton für dann 90 km an Tunnelröhren.

Statt nun frech Gehaltserhöhungen durchzuwinken, fordern wir vom Aufsichtsrat, eine Denkpause für S21 zu beschließen und sämtliche bei der Bahn eingesetzten Gelder auf ihre Auswirkungen auf Leistung, Klima und Sicherheit überprüfen zu lassen.

Kontakt: Martin Poguntke, 0151 403 602 56
Eisenhart von Loepert, 07452 4995